

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 04.07.2012, 17:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 652/2012
- 3 . Dringlichkeitsliste für Investitionen im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 666/2012
- 4 . Vorstellung und Beratung von Planvorentwurfsvarianten zum dritten Bauabschnitt der Stadtkernsanierung - Vorplatz Gymnasium St. Ursula
Vorlage: 665/2012
- 5 . Erlass einer Sondersatzung zur Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Feigengasse in Prummern
Vorlage: 636/2012
- 6 . 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen, östlich der Landstraße zwischen dem Regenrückhaltebecken und der Straße nach Hochheid
Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 661/2012
- 7 . 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen, östlich der Landstraße zwischen dem Regenrückhaltebecken und der Straße nach Hochheid
Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage und zur Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 662/2012
- 8 . 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 der Stadt Geilenkirchen

Geltungsbereich: Fläche im Stadtkern, östlich der Wurmbrücke zum Wurm-
auenparkplatz, am nördlichen Ende der Straße In der Au
Beratung über die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung eingegan-
genen Stellungnahmen und Anregungen
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage nach § 3 Abs.
2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentli-
cher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 667/2012

- 9 . Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei
Geilenkirchen
Vorlage: 663/2012
- 10 . Beratung über den Antrag vom 12.06.2012 der Ratsfraktion Bündnis 90 Die
Grünen zur Beleuchtungstechnologie
Vorlage: 669/2012
- 11 . Beratung über den Antrag vom 12.06.2012 der Ratsfraktion Bündnis 90/Die
Grünen zur energetischen Sanierung des Schul- und Sportzentrums Bau-
chem
Vorlage: 672/2012
- 12 . Antrag der Fraktion der BÜRGERLISTE zum Erlass einer Rechtsverordnung
über den Schuleinzugsbereich der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule in Gei-
lenkirchen
Vorlage: 639/2012
- 13 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Resolution "Bildung statt Betreuungsgeld"
Vorlage: 674/2012
- 14 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 15 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Dr. Stefan Evertz

10. Toska Frohn
11. Johann Graf
12. Theresia Hensen
13. Johannes Henßen
14. Horst-Eberhard Hoffmann
15. Karin Hoffmann
16. Rainer Jansen
17. Gabriele Kals-Deußen
18. Michael Kappes
19. Stefan Kassel
20. Wilfried Kleinen
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Gerd Latour
25. Markus Melchers
26. Manfred Mingers
27. Dr. Joachim Möhring ab TOP 3 anwesend
28. Uwe Neudeck
29. Hans-Josef Paulus
30. Manfred Schumacher
31. Barbara Slupik
32. Manfred Solenski
33. Kurt Sybertz
34. Raimund Tartler
35. Ruth Thelen
36. Marlis Tings
37. Harald Volles
38. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

39. Hans-Josef Bröhl
40. Beigeordneter Herbert Brunen
41. Andreas Eickhoff
42. I. Beigeordneter Hans Hausmann
43. Peter Klee
44. Karl-Heinz Kleinjans
45. Stephan Scholz
46. Sandra Schuhmachers
47. Stefanie Siebert

Protokollführerin

48. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlte:

49. Uwe Eggert

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 17:00 Uhr die 18. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen. Er begrüßte die Stadtverordneten, Bürger und Verwaltungsmitarbeiter und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Abwesend sei der Stadtverordnete Eggert; die Stadtverordneten Thelen und Dr. Möhring würden sich etwas verspäten.

Es seien in dieser Sitzung zahlreiche Tagesordnungspunkte zu behandeln und er rufe insbesondere unter den Punkten LED und energetische Sanierung des Schul- und Sportzentrums dazu auf, keine Grundsatzfragen zu diskutieren. Die Verwaltung werde zu den Punkten Zwischenberichte geben.

Zur Tagesordnung stelle er darüber hinaus den Antrag auf einen Geschäftsordnungsbeschluss zur Absetzung des Punktes 13. Laut § 48 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 3 Abs. III der Geschäftsordnung des Rates sei er gehalten darauf hinzuweisen, dass der Punkt nicht in den konkreten Aufgabenbereich der Stadt falle. Nach Sichtung der relevanten Kommentare gelte bei diesem Punkt, dass die in ihm vorgeschlagene Resolution sich allgemein gegen das Gesetzgebungsvorhaben auf Bundesebene richte, jedoch keinen spezifischen örtlichen Bezug zur Situation in Geilenkirchen herstelle. Die Geschäftsordnung des Rates sehe für diesen Fall einen Geschäftsordnungsbeschluss vor. Sie regle weiter, dass vor Abstimmung zu einem Geschäftsordnungsbeschluss jeweils ein Wortbeitrag für und einer gegen die Behandlung des Tagesordnungspunktes zugelassen sei. Der Beschlussvorschlag laute: „Die Verwaltung schlägt vor, den Tagesordnungspunkt wegen Überschreitung der kommunalen Verbandskompetenz abzusetzen.“

Stadtverordneter Wolff meinte, dass seine Fraktion vermutlich einen ähnlichen Antrag auf Absetzung des Punktes aus den von Bürgermeister Fiedler genannten Gründen gestellt hätte. Er spreche sich für die Absetzung aus.

Stadtverordneter Benden plädierte für die Beibehaltung des Punktes auf der Tagesordnung. Letztlich seien es die Städte und Kommunen, die unter einem neuen Gesetz zu leiden hätten und mit der Umsetzung befasst würden. Durch einen Beschluss könne man ein Zeichen setzen. Darüber hinaus erinnere er an einen Antrag der CDU-Fraktion auf mehr Polizeipräsenz in Geilenkirchen. Dieser Beschluss habe ebenfalls Themen betroffen, die nicht in der Verantwortlichkeit des Rates gelegen hätten. Die CDU habe ihren Antrag damals jedoch aufgrund der herrschenden Mehrheitsverhältnisse durchgesetzt. Hier müsse gleiches Recht für alle gelten und fair gehandelt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss die Absetzung des Punktes 13 von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	7
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler wies vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, dass die Verwaltung für das Sitzungsjahr 2013 beabsichtige, die Anzahl der Ratssitzungen zu erhöhen. Er werde diesbezüglich in Kürze das Gespräch mit den Fraktionen suchen.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

1. Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass der stellvertretende Bürgermeister Egert auf dem Wege der Besserung sei. Nach eigenen Angaben sei er in ca. zehn Tagen wieder zu Hause. Man freue sich darauf, ihn nach der Sommerpause hoffentlich wieder in den Reihen des Rates begrüßen zu können.
2. Die Straßenbeleuchtung werde – wie berichtet – versuchsweise seit dem 01.07.2012 unter Wahrung verkehrssicherheitsrelevanter Aspekte zwischen ein und fünf Uhr ausgeschaltet. Die Verwaltung habe eine Anzahl Meldungen des Typs „vorausseilende Befürchtungen“. Meldungen über Vorkommnisse lägen noch nicht vor.
3. In den letzten Monaten habe es verschiedene Anfragen an die Verwaltung gegeben, die implizit oder explizit mit den Aufgaben des Stadtsportverbandes zu tun hätten. Implizit dann, wenn es um die Sportanlagen und die gemeinsamen Begehungen und Inaugenscheinnahmen gegangen sei, explizit in einer Anfrage des Vorsitzenden der SPD-Fraktion. Aus diesem Grunde habe er ein Gespräch mit dem Vorstand des Stadtsportverbandes geführt und vereinbart, dass sich die Verwaltung und der Stadtsportverband noch vor Ende der Sommerferien detailliert über die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtsportverband einigen. Im Übrigen würden Sporthallen im Auftrag der Stadt jährlich durch eine Fachfirma auf Sicherheitsmängel überprüft. Eventuell festgestellte Mängel würden umgehend im Auftrag des Sportamtes behoben. Diese jährliche Überprüfung falle nicht in den Bereich der Kooperation zwischen Verwaltung und Stadtsportverband.
4. Auf der diesjährigen Landpartie wurde für den Stadtjugendring zur Sanierung der Skateranlage gesammelt. Hier wurde ein Betrag in Höhe von 882,34 € gespendet.
5. Bürgermeister Fiedler erklärte weiter, dass das Programm Session technisch auch eine Beschlusskontrolle ermögliche. Diese werde ab dem zweiten Halbjahr 2012 eingeführt. Einzelheiten wie bspw. die Einsicht in die Beschlusskontrolle für Stadtverordnete und Bürgerinnen und Bürger werde verwaltungsintern noch erörtert und dem Rat im Anschluss mitgeteilt.
6. Des Weiteren werde die Verwaltung für den nächsten Haupt- und Finanzausschuss eine Vorlage über die Modifizierung der Hundesteuersatzung bzw. über die Einführung einer Kampfhundsteuer formulieren. Dies sei auch vor dem Hintergrund der Konsolidierung des Haushalts zu sehen; getreu dem Motto: „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“ mache sich die Verwaltung schon jetzt Gedanken über neue Einsparpotenziale und Einnahmemöglichkeiten.

**TOP 2 Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Geilenkirchen für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 652/2012**

Die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Fiedler bedankte sich für die Reden und schloss sich den Komplimenten an den Kämmerer an. Zu den in den Stellungnahmen gemachten Anträgen könne er folgendes sagen:

- 1) Vorruhestandsregelungen würden seitens des Städte- und Gemeindebundes und auch von der Kommunalaufsicht für Kommunen in der Haushaltssicherung kritisch gesehen. Daher seien diesbezügliche Vereinbarungen für die Stadt Geilenkirchen momentan nicht möglich.
- 2) Der Stadtverordnete Hoffmann sei in seiner Rede auf weitere Personaleinsparungen eingegangen. Die Stadt habe in den vergangenen Monaten bereits frei gewordene Stellen nicht wiederbesetzt und nur in begründeten Fällen eine Nachbesetzung angestrebt. Damit sei die Verwaltung eigentlich gut gefahren.
- 3) Die Verkleinerung des Rates könne zu gegebener Zeit gerne diskutiert werden.
- 4) Der konkrete Änderungsantrag seitens der CDU-Fraktion, der offenbar auch die Unterstützung der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finde, sei natürlich überraschend. Dadurch seien kurzfristige Personalentscheidungen nicht mehr ohne weiteres möglich. Ganz aktuell würden sich bspw. auch einige Schwierigkeiten ergeben.

Stadtverordneter Solenski meinte, dass die Besetzung einer frei gewordenen Stelle durchaus möglich sei und der Rat dies im Anschluss genehmige.

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass der Antrag die Personalsituation und –entwicklung in der Verwaltung transparenter machen solle. Schon die Haushaltsreden im vergangenen Jahr hätten deutlich gemacht, dass die Haushaltskonsolidierung insbesondere durch Einsparungen im Personalwesen erreicht werden könnten. Daher müsse über das Für und Wider der Neubesetzung freier Stellen diskutiert werden.

Bürgermeister Fiedler stellte fest, dass sich der Rat durch einen derartigen Beschluss Einfluss auf Personalentscheidungen in den kommenden zehn Jahren einräume. Aktuell habe er innerhalb der Verwaltung die Umsetzung eines Mitarbeiters auf eine freie Stelle vorgesehen. Diese Pläne hätten in den kommenden Wochen umgesetzt werden sollen. Durch einen heutigen Beschluss müsse das Verfahren gestoppt werden.

Stadtverordneter Hoffmann erläuterte, dass die Umsetzung des Antrags eventuell nicht sofort geschehen müsse sondern eventuell erst im Herbst greife.

Stadtverordneter Wolff widersprach, dass der Beschluss direkt umgesetzt werden solle. Wenn kurzfristige Entscheidungen bzw. Umsetzungen notwendig seien, könne auch kurzfristig darüber entschieden werden.

Stadtverordneter Kravanja machte deutlich, dass er den Ansatz der CDU-Fraktion unterstütze. Es gehe nicht um die besetzten Stellen sondern um die freien oder frei werdenden Stellen und die Information für den Rat über den Status quo bei der Verwaltung. Bei entsprechender Begründung könnten die Stellen für eine Neubesetzung frei gegeben werden. Dieses Konzept halte er vor dem Hintergrund der Haushaltslage für positiv und dringliche Entscheidungen seien ebenfalls nicht ausgeschlossen. Er werde dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass an dem, was gesagt worden sei, nichts Falsches sei. Er halte lediglich für problematisch, dass die CDU-Fraktion in ihrer Haushaltsrede einen Antrag stellen würde, der direkt beschlossen werden solle. Dies sei in den vergangenen Jahren nicht so gehandhabt worden. Darüber hinaus würden durch den Antrag wichtige Institutionen wie der Personalrat missachtet und die permanente Unterbesetzung, die in den Ämtern der Stadt vorherrsche. Trotzdem werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. Er bitte jedoch darum, zukünftig Änderungsanträge zum Haushalt nicht mehr direkt in den Haushaltsreden zu stellen. Hier seien in der Vergangenheit auch separate Anträge zur Tagesordnung gestellt worden.

Stadtverordneter Jansen schlug vor, dass der Bürgermeister im nichtöffentlichen Teil die aktuell zu entscheidende Personalfrage vorstellen könne. Der Bürgermeister und der Rat stimmten diesem Vorschlag zu.

Stadtverordnete Kals-Deußen erklärte, dass der Stellenplan meist schwierig zu lesen sei. Daher schlage sie vor, dass in der nächsten Ratssitzung seitens der Verwaltung eine Info vorbereitet werde, in welcher Form freie Stellen vorkämen. Sie sehe sich heute außerstande, eine Entscheidung über die Neubesetzung von Stellen zu treffen.

Stadtverordneter Sybertz fragte nach, wie es sein könne, dass die Stadt als Arbeitgeber keine ausschließliche Entscheidungsbefugnis über die Vorruhestandsregelung habe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass ein Antrag auf Altersteilzeit nur genehmigungsfähig sei, wenn der Geschäftsbetrieb dem nicht entgegenstehe. Da die Stadt sich in der vorläufigen Haushaltsführung befinde, könne sie über derartige Anträge derzeit nicht befinden.

Des Weiteren rief Bürgermeister Fiedler zur Beschlussfassung über den Vorschlag der CDU-Fraktion auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss mehrheitlich, dass die Besetzung freier und frei gewordener Stellen im Stellenplan vom Rat beschlossen werde.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	6
Enthaltung:	1

Beschluss:

Der Rat beschloss den Entwurf der Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen mehrheitlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	1
Enthaltung:	0

**TOP 3 Dringlichkeitsliste für Investitionen im Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 666/2012**

Bürgermeister Fiedler erörterte, dass es sich hier lediglich um einen formalen Beschluss handele. Die Diskussion sei unter Punkt 2 bereits erfolgt.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsliste wurde in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 Vorstellung und Beratung von Planvorentwurfsvarianten zum dritten Bauabschnitt der Stadtkernsanierung - Vorplatz Gymnasium St. Ursula
Vorlage: 665/2012**

Stadtverordneter Kravanja teilte mit, dass die Verwunderung über die Pläne groß gewesen sei und nach wie bestehe. Es habe immer wieder neue Planvarianten gegeben, obwohl der Bürgerwille auf der Einwohnerversammlung klar zum Ausdruck gekommen sei. Die jetzige Zufahrt solle gepflastert werden, die Hecke solle den Durchgang auf die neue Grünfläche nicht behindern und die bestehenden Bäume sollten ersetzt werden. Dies sei angesichts des Zustands der jetzigen Bäume auch vollkommen nachvollziehbar. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass dem geäußerten Bürgerwillen entsprochen werden solle, auch wenn lediglich sechs Bürgerinnen und Bürger an der einberufenen Versammlung teilgenommen hätten.

Auf Bitte des Bürgermeisters erläuterte I. Beigeordneter Hausmann den Werdegang der Planentwicklung. Der durch den Umwelt- und Bauausschuss empfohlene Plan sei auf der Einwohnerversammlung vorgestellt worden. Schon auf der Einwohnerversammlung sei darauf hingewiesen worden, dass sämtliche Vorhaben noch mit den anderen Eigentümern der Flächen – der Kirche und dem Bistum – abgestimmt werden müssten. Die Pfarre habe bspw. darum gebeten, die Bepflanzung entlang der Mauer beizubehalten. Zudem sei von Seiten des Bistums und des Gymnasiums die lückenlose Einfriedung der Grünfläche durch eine Hecke angeregt worden, die auf der Einwohnerversammlung jedoch verworfen worden sei. Bistum und Schule hätten mittlerweile eine Öffnung akzeptiert, wenn die Stadt für die Sauberkeit der Fläche garantiere.

Heute habe vor Ort noch kurzfristig ein Gespräch mit Herrn Scheller stattgefunden, der die Stadt bereits im I. und II. Bauabschnitt zu den Themen Baumbestand und Grünfläche beraten habe. Herr Scheller rate nach Begutachtung der Bäume die Entfernung der vorhandenen Exemplare. Von den drei vorhandenen Bäumen sei eventuell die kleinere Buche erhaltenswert. Insbesondere die Esche habe aber viel Totholz und sei nicht erhaltenswert. Zum Ausgleich könnten bspw. vier neue Platanen gepflanzt werden, die im Mehrgenerationenpark auch in der Sommerzeit Schatten spenden würden und dadurch einen Aufenthalt im Park ermöglichen würden.

Bürgermeister Fiedler warf ein, dass Prof. Castro auf der Bürgerversammlung nochmals betont habe, dass es sich bei den Plänen um Vorentwurfsvarianten handle und einzelne Aspekte ausgetauscht oder abgeändert werden könnten.

Stadtverordneter Benden bemerkte, dass die Pläne hier einfach an die Wand gepappt würden und die Verwaltung aufgrund kurzfristiger Termine den Fraktionen wichtige Informationen erst in der Sitzung präsentiere und auf diese Weise keine Zeit zur Vorberatung bleibe. Dieses Vorgehen habe offenbar System. Darüber hinaus seien nie irgendwelche Kostenkalkulationen vorgelegt worden. Die Variante A lehne seine Fraktion grundsätzlich ab. Hier würden nicht sanierungsbedürftige Parkplätze durch neue ersetzt, wobei die Fläche auf dem Gebiet des Bistums liege und zu 90% vom Lehrerkollegium des Gymnasiums genutzt werde. Der Platz stehe der Öffentlichkeit lediglich am Wochenende zur Verfügung und dies sei den meisten noch nicht einmal bekannt. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage habe er Bauchschmerzen bei dem Gedanken, dass aus Gründen der Kosmetik ein Parkplatz erneuert werde. Nur um der Schule einen Gefallen zu tun, würde er dieses Vorhaben nicht mittragen. Darüber hinaus befürworte seine Fraktion Bürgerversammlungen. Im vorliegenden Fall sei die verschwindend geringe Teilnehmerzahl schon beschämend und er frage sich, ob die Bürgerinnen und Bürger Geilenkirchens an den Geschehnissen in der Stadt so uninteressiert seien. Der Bürgerwille sei auf der Versammlung lediglich von sechs Bürgern geäußert worden. Was wäre, wenn nur ein Bürger auf eine Versammlung käme. Müsste sich die Stadt in ihren Planungen dann von einem Bürger leiten lassen?

Bürgermeister Fiedler erläuterte, dass die auf der Bürgerversammlung beschlossene Variante mit Kosten in Höhe von 486.000 € verbunden sei. Bei Beibehaltung der Parkplätze entsprechend dem Vorschlag der Fraktion der Grünen lägen die Kosten bei ca. 300.000 €. Auf den ersten Blick sei die zweite Variante natürlich attraktiv. Problematisch sei jedoch, dass das Integrierte Handlungskonzept der Stadt eine freie Blickachse aufs Gymnasium vorsehe. Würde man nun derart vom ursprünglichen,

förderfähigen Konzept abweichen, könne die Reaktion der Bezirksregierung nicht eingeschätzt werden. Um dieses Risiko zu vermeiden, sollte man sich an die Variante aus der Bürgerversammlung orientieren. Die Bürger hätten ihre Vorstellungen auf der Versammlung klar artikuliert.

Stadtverordneter Dr. Evertz meinte, dass auf der Bürgerversammlung sechs Anwohner ihre Vorstellungen und Wünsche geäußert hätten und die Variante A favorisiert worden sei. Ergebnis des Umwelt- und Bauausschusses sei gewesen, dass die vorhandenen Varianten noch um eine Variante D erweitert würden; für eine konkrete Variante habe sich der Umwelt- und Bauausschuss nicht ausgesprochen. Zudem habe seine Fraktion einen Antrag auf Erweiterung der Varianten um die Variante D beantragt, die ebenfalls auf der Bürgerversammlung vorgestellt werden sollte. Auf der Bürgerversammlung seien keine Kosten genannt worden. Hätten die Bürgerinnen und Bürger gewusst, dass eine Variante 185.000 € teurer als die andere sei, wäre vielleicht ein anderer Beschluss gefällt worden.

Bürgermeister Fiedler widersprach, dass alle Varianten auf der Bürgerversammlung vorgestellt worden seien und auch die Niederschriften der Ausschusssitzung und der Versammlung seien korrekt. Er selbst habe auf der Bürgerversammlung nochmals zusammengefasst, dass von Seiten der Bürger die Variante A mit einer Pflasterung der Zufahrt, der Entfernung der Bäume und einer kleinen Rasenfläche favorisiert würde. Im Übrigen sei das Gespräch mit Herrn Scheller anberaumt worden, da die Verwaltung auch vor dem Hintergrund der heutigen Sitzung in Bezug auf den Zustand des Baumbestands Gewissheit hätte haben wollen.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass das Ergebnis der Einwohnerversammlung auch bei nur sechs anwesenden Bürgern als Richtschnur dienen müsse. Ansonsten könne das Instrument einer Einwohnerversammlung nicht mehr ernst genommen werden. Er plädiere dafür, wie von Bürgermeister Fiedler zusammengefasst die Variante zu beschließen, die die Pflasterung der Zufahrt und des linken Bereichs, die Grünfläche neben dem Parkplatz, die Entfernung der Bäume und die Öffnung der Hecke bzw. Entfernung der Hecke zur Grünfläche hin beinhalte.

Stadtverordneter Sybertz unterstützte den Bürgermeister in seinen vorherigen Aussagen und bezeugte, dass die Verwaltung in einigen Punkten noch Rücksprachen mit dem Bistum und der Schule hätten halten müssen, um die in der Bürgerversammlung gemachten Vorschläge abzustimmen. Die Grünfläche am Parkplatz sollte für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und der Verbleib der Magnolie habe ebenfalls noch geklärt werden müssen. Daher sei verständlich, dass einige Informationen erst später weitergegeben werden könnten.

Stadtverordnete Frohn fragte nach, wie mit der vorhandenen Magnolie verfahren werde. Ihre Fraktion habe sich schon mehrfach entschieden für den Erhalt ausgesprochen.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass weder die Schule noch das Bistum auf den Erhalt der Magnolie pochen würden.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass nichts gegen den Erhalt der Magnolie spreche.

Auf weitere Nachfragen zur Förderfähigkeit der kostengünstigsten Variante erläuterte I. Beigeordneter Hausmann erneut, dass die Kosten der Varianten netto wie folgt veranschlagt seien: Variante A 486.000 €, Variante B 300.000 €, Variante C 410.000 €. Zuwendungsfähig seien von jeder Maßnahme lediglich 60%, wobei die Neuanlage von Stellplätzen nicht von diesen 60% betroffen sei. Problematisch an der von den Grünen vorgeschlagenen Variante B sei, dass sie nicht dem integrierten Handlungskonzept entspreche. Die Förderung der gesamten Bauabschnitte sei jedoch aufgrund dieses Gesamtkonzeptes erfolgt. Die Konsequenzen bei Abweichung vom Gesamtkonzept seien nicht absehbar und sehr risikoreich.

Stadtverordneter Benden meinte, dass es doch nicht sein könne, dass die Bezirksregierung eine teurere Variante fördere und die günstige Alternativ außer Acht lasse. Immerhin befinde sich die Stadt im Haushaltssicherungskonzept. Jedwede Einsparungsbemühung sollte seitens der Bezirksregierung unterstützt werden.

Er stelle vor diesem Hintergrund den Antrag, dass die Verwaltung das Konzept der Variante B der Bezirksregierung vorstelle und sich konkret nach einer Förderfähigkeit erkundige. Erst dann solle ein Beschluss über den III. Bauabschnitt gefasst werden, wobei hier dann zunächst wieder der Fachausschuss gehört werden solle.

Stadtverordneter Kassel versicherte sich, dass die Magnolie weiterhin Bestandteil der Planung sei. Bürgermeister Fiedler versicherte, dass die Magnolie erhalten bleibe.

Stadtverordneter Jansen fragte nach, ob der Bezirksregierung bewusst sei, dass städtische Gelder zum Ausbau von Parkplätzen auf einem Grundstück des Bistums benutzt würden. Dies wurde seitens der Verwaltung bestätigt.

Stadtverordneter Kravanja erläuterte, dass durch die Variante für 300.000 € kaum Änderungen am Gesamteindruck des Marktplatzes entstehen würden. Eine Investition in der Höhe sei vor diesem Hintergrund sinnlos. Das würde er nicht mittragen.

Bürgermeister Fiedler rief zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Vertagung des Punktes bis zur Klärung mit der Bezirksregierung auf.

Beschluss:

Der Rat lehnte den Antrag der Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	31
Enthaltung:	0

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich, die Variante, die in den Schlussworten der Bürgerversammlung zusammengefasst wurde, in der Form umzusetzen, dass die Zufahrt und die Fläche des Mehrgenerationenparks gepflastert werden, eine nicht begehbare

Randbepflanzung entlang der Mauer vorgenommen werde, die bestehenden Bäume außer der Magnolie ersetzt werden (4 neue Bäume), und die Zugänglichkeit zur Rasenfläche für die Öffentlichkeit gewährleistet sei (keine Hecke in diesem Bereich).

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	6
Enthaltung:	0

**TOP 5 Erlass einer Sondersatzung zur Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Feigengasse in Prummern
Vorlage: 636/2012**

Stadtverordneter Solenski trug vor, dass auf der Einwohnerversammlung zur Vorstellung der Planungen zur Erneuerung der Feigengasse 30 Personen anwesend gewesen seien. Unter anderem sei die Beitragsberechnung ein Schwerpunkt auf der Versammlung gewesen. Damals sei von Beiträgen in einer Größenordnung von 4,87 € bis 5,50 €/m² die Rede gewesen. In der Vorlage werde nun von Beiträgen in Höhe von 6,80 € gesprochen, was eine Erhöhung der vorher gemachten Angaben um 23% bedeute. Dies sei eine Zumutung für die Anwohnerinnen und Anwohner.

I. Beigeordneter Hausmann stellte fest, dass auf der Einwohnerversammlung verständlicherweise nur Schätzungen aber keine konkreten Beitragsfestsetzungen bekannt gegeben worden seien. Dies sei damals auch betont worden. In der Straße sei außerdem ein höherwertiger Belag verwendet worden, dessen Kosten nicht an die Anwohnerinnen und Anwohner weitergegeben worden sei; dennoch würden sie von den besseren Eigenschaften des Belags profitieren. Die Beitragserhebung in der Höhe sei in jedem Fall gerechtfertigt.

Beschluss:

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der als Anliegerstraße eingestuften Feigengasse im Ortsteil Prummern werden gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NW für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Für die niveaugleich hergestellte Verkehrsfläche wird die anrechenbare Breite auf 11m als Durchschnittsbreite und der Anteil der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand auf 50% festgesetzt.

Da dieser Beschluss das geltende Ortsrecht ergänzt, ist er als Satzung bekannt zu machen. Die Satzung muss Rückwirkung zum 01.01.2011 erhalten, da sie zum Zeitpunkt der Beendigung der Baumaßnahme in Kraft sein muss. Der Entwurf der Satzung ist in der Vorlage enthalten und wird in dieser Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	1

Enthaltung:	0
-------------	---

- TOP 6 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen**
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen, östlich der Landstraße
zwischen dem Regenrückhaltebecken und der Straße nach Hochheid
Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteili-
gung nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs.
1 eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage und zur
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 661/2012

Stadtverordneter Benden erläuterte, dass seine Fraktion sich nach wie vor gegen die Maßnahme ausspreche und er an dieser Stelle die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen zitieren wolle. Diese teile in ihrem Schreiben mit, dass „aus landwirtschaftlicher Sicht [...] zu dem gesamten Vorhaben Bedenken (bestehen). Das Vorhaben widerspricht [...] den Zielen des Ressourcenschutzes.“

Beschluss:

Der Rat verabschiedet den Entwurf der 66. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen wird zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	5
Enthaltung:	0

- TOP 7 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 der Stadt Geilenkirchen**
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen, östlich der Landstraße
zwischen dem Regenrückhaltebecken und der Straße nach Hochheid
Beratung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteili-
gung nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs.
1 eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage und zur
Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 662/2012

Beschluss:

Über die vorgelegten Stellungnahmen wurde gemäß dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 der Stadt Geilenkirchen wird zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	5
Enthaltung:	0

- TOP 8 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 der Stadt Geilenkirchen**
Geltungsbereich: Fläche im Stadtkern, östlich der Wurmbrücke zum
Wurmauenparkplatz, am nördlichen Ende der Straße In der Au
Beratung über die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung einge-
gangenen Stellungnahmen und Anregungen
Verabschiedung des Bebauungsplanentwurfes zur Offenlage nach §
3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 667/2012

Beschluss:

Der Rat verabschiedete den Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

- TOP 9 Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbü-**
cherei Geilenkirchen
Vorlage: 663/2012

Beschluss:

Die Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbücherei Geilenkirchen wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10 Beratung über den Antrag vom 12.06.2012 der Ratsfraktion Bündnis 90 Die Grünen zur Beleuchtungstechnologie
Vorlage: 669/2012**

Stadtverordneter Benden erläuterte den Antrag seiner Fraktion, dass vier Punkte zum Antrag gestellt worden seien. LED sei die Zukunft. Die Technik habe Marktreife erlangt und eine Umrüstung auf LED hätte sich innerhalb von vier Jahren rentiert, da eine Steigung des Strompreises erwartet werde. Mit Bedauern habe er die Ausführungen der Verwaltung zu den beiden Parkhäusern zur Kenntnis genommen und schlage vor, den Punkt 4 des Antrags zunächst noch einmal in einen Fachausschuss zu verweisen und in der heutigen Sitzung des Rates lediglich über die Punkte 1 bis 3 abzustimmen.

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass sich die Verwaltung derzeit außerstande sehe, den Forderungen im Antrag Folge zu leisten. Dies sei am Beschlussvorschlag in der Vorlage erkennbar. Momentan befinde sich die Stadt zum Thema LED in einem Findungsprozess. Interkommunal werde derzeit ein Versuchsprogramm mit einem Energieversorger durchgeführt, in dem unter anderem Lampentypen getestet würden. Im Oktober werde ein Ergebnis erwartet. Vor diesem Hintergrund würde er einen Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt kritisch sehen. Einen Finanzierungsvorschlag werde die Verwaltung zu gegebener Zeit unterbreiten. Momentan werde er aber nichts übers Knie brechen.

Stadtverordneter Benden entgegnete, dass seine Fraktion eher einen schrittweisen Austausch der Beleuchtung anstrebe.

Bürgermeister Fiedler erwiderte, dass er den Beschluss auch auf diese Art und Weise nicht umsetzen wolle, wenn die technischen Voraussetzungen noch nicht überall gegeben seien.

Stadtverordneter Hoffmann stellte fest, dass man sich zum Thema LED wohl einig sei und die Sache weiter verfolgt werde. Die Vorlage der Verwaltung sei hervorragend und er schlage vor, das Ergebnis der Versuchsphase und mögliche Fördermöglichkeiten abzuwarten. Darüber hinaus gebe es noch das Problem mit den Parkhäusern in der Stadt. Er habe hier Vertrauen in die Verwaltung.

Die Stadtverordneten Kravanja und Solenski stimmten den Ausführungen des Stadtverordneten Hoffmann zu.

Bürgermeister Fiedler hielt fest, dass die Verwaltung die Zustimmung des Rates in den kommenden Gesprächen zum Thema LED mitnehme und den Rat über die Fortentwicklung der Thematik informieren werde.

Stadtverordneter Dr. Evertz meinte, dass seine Fraktion begrüßen würde, wenn die Verwaltung sich der Thematik nach wie vor widme. Der Antrag könne zurückgestellt werden.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 11 Beratung über den Antrag vom 12.06.2012 der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur energetischen Sanierung des Schul- und Sportzentrums Bauchem
Vorlage: 672/2012**

Bürgermeister Fiedler schilderte, dass er mit einiger Überraschung in der Geilenkirchener Zeitung und der Super Sonntag von der Meinung der Fraktion der Grünen über die Untätigkeit der Verwaltung in Bezug auf die energetische Sanierung des Schul- und Sportzentrums gelesen habe. Kritisch zu sehen sei, dass die Presse reflexartig derartige Informationen ohne Feedback der Verwaltung abdrucke. Des Weiteren sei fraglich, warum sich die Fraktion nicht vorab noch einmal mit ihren Fragen an die Verwaltung gewandt habe. In seiner Haushaltsrede habe der Stadtverordnete Benden für „mehr Miteinander“ geworben. In diesem Fall wäre ein Miteinander mit der Verwaltung erstrebenswert gewesen.

Stadtverordneter Hoffmann meinte, dass der ursprüngliche Antrag der Fraktion vor 18 Monaten gestellt worden sei. Der Stadtverordnete Benden betone immer, dass seine Fraktion mindestens einmal pro Woche zwecks Fragen oder Rücksprachen das Rathaus aufsuche. Bei einer dieser Gelegenheiten hätten sicherlich auch Fragen bzgl. des Schul- und Sportzentrums geklärt werden können. Er werte den Weg, den die Fraktion über die Presse gewählt habe, als puren Populismus.

Stadtverordneter Volles beschwerte sich darüber, dass der Antrag ins Lächerliche gezogen werde. Die Frage der energetischen Sanierung des Schul- und Sportzentrums Bauchem liege bereits seit 2008 auf dem Tisch, wobei das Thema erstmalig zur Jahrtausendwende angesprochen worden sei. De facto sei bis heute nichts passiert, obwohl alle gemeinsam im Rat beschlossen hätten, dass etwas passieren solle. Unter Punkt 4 seien eben 186.000 € in den Wind geschossen worden; dieses Vorgehen sei insgesamt nicht fair.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass sein vorheriger Wortbeitrag nicht die Sache betreffe. Es gehe um den Zeitungsartikel und die Art der Darstellung der Verwaltung in der Öffentlichkeit. Dem Vorwurf der Untätigkeit widerspreche er nachdrücklich. Die zuständigen Mitarbeiter würden mit viel Kreativität und Einsatz allen Widrigkeiten begegnen und mögliche Fördermöglichkeiten erörtern. Er ziehe es nur vor, Informationen nicht „über Bande“, sondern direkt weiterzugeben.

Stadtverordneter Jansen warf ein, dass der Rat der Verwaltung durch den damaligen Beschluss einen Auftrag erteilt habe, die Verwaltung damit in der Bringschuld stehe. Dies müsse unabhängig von der Parteizugehörigkeit jeder feststellen können.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass unabhängig von einer Bringschuld in zahlreichen Ausschüssen die Möglichkeit bestanden habe, in der Thematik nachzufragen. Der Weg über die Presse signalisiere, dass weniger miteinander und mehr übereinander gesprochen werde. Die Fraktion hätte durch ihren Gang an die Öffentlichkeit dort politische „Points“ sammeln wollen.

Stadtverordneter Wolff berichtete, dass der Bürgermeister in interfraktionellen Gesprächen Informationen zum Thema energetische Sanierung des Schul- und Sport-

zentrums gegeben habe. Daher habe er sich in hinreichendem Maße informiert gefühlt und gewusst, dass die Verwaltung die Sache regle.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, dass er Sportlehrer an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule sei. Daher könne er aus eigener Erfahrung schildern, dass in der Sporthalle im Winter kaum Unterricht möglich sei, da dort kaum Temperaturen über 10 Grad erreicht würden. Seine Fraktion bemühe sich lediglich, den Antrag nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Er habe schon häufig das Gespräch mit der Verwaltung in der Angelegenheit gesucht und sei zu keinem Ergebnis gekommen. Maßnahmen seien bisher nicht erfolgt. Es sei das gute Recht seiner Fraktion, einen entsprechenden Antrag zu stellen, der politisch nicht wieder flach geredet werden sollte.

Bürgermeister Fiedler wiederholte, dass er die Art der Kommunikation missbillige.

Stadtverordneter Benden erörterte, dass trotz des Antrags vor 18 Monaten seitens der Verwaltung nichts unternommen worden sei. In einer Demokratie sei es zulässig, dass auch der Schritt an die Öffentlichkeit gewagt werden könne um einer Sache eventuell auch mehr Druck zu verleihen.

Stadtverordneter Kravanja konstatierte, dass der Antrag der Fraktion seines Erachtens zu drastisch formuliert sei. Es würden keine Beschlussvorschläge sondern Forderungen formuliert. Bürgermeister Fiedler habe zu Beginn der Sitzung erwähnt, dass eine Beschlusskontrolle eingeführt werde. Hätte diese Kontrolle bereits bestanden, wäre wahrscheinlich gar nicht der Eindruck entstanden, dass die Verwaltung nichts mache.

Stadtverordneter Mingers erklärte, dass ein Telefonat auf der einen Seite natürlich der einfachere Weg gewesen sei und eventuell zu einem Kompromiss geführt hätte. Auf der anderen Seite unterliege die Hinzuziehung der Presse seitens einer Fraktion keinen Bestimmungen und jede Fraktion sei frei, ihre Debatten und Diskussionen nach ihrem Gutdünken zu führen. Dies schließe die Weitergabe von Informationen an die Presse ohne vorherige Rücksprache ein.

Bürgermeister Fiedler beendete die Aussprache zum Tagesordnungspunkt.

**TOP 12 Antrag der Fraktion der BÜRGERLISTE zum Erlass einer Rechtsverordnung über den Schuleinzugsbereich der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule in Geilenkirchen
Vorlage: 639/2012**

Stadtverordneter Sybertz teilte mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehne und dies auch schon in der Diskussion im Ausschuss verdeutlicht habe. Die Stadt werde sich mit einem derartigen Beschluss abschotten. Darüber hinaus würde die Regelung erst im kommenden Jahr greifen, wenn Gangelt selber eine eigene Gesamtschule habe. Und eventuell werde Gangelt dann einen ähnlichen Beschluss wie Geilenkirchen fassen. Darüber hinaus müsse man sehen, für wie viele Kinder diese Regelung greife. Die Anzahl sei marginal. Hätte man dem Elternwillen entsprochen und die Gesamtschule aufgestockt, würde man heute nicht mehr vor diesen Problematiken stehen.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, dass er das Vorhaben in Anbetracht des Verhältnisses zu den Nachbarkommunen für Kirchturmdenken halte und mit negativen Gegenreaktionen rechne.

Stadtverordnete Thelen schloss sich dem Stadtverordnen Dr. Evertz an. Als Reaktion sei mit einer Abschottung der Nachbarkommunen zu rechnen. Auch wenn die Satzung rechtlich möglich sei, halte sie die von einer solchen Regelung ausgehenden Signale für nachteilig.

Beschluss:

Die Rechtsverordnung über den Schuleinzugsbereich der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule in Geilenkirchen wird in der im Entwurf vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	25
Nein:	11
Enthaltung:	2

TOP 13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Resolution "Bildung statt Betreuungsgeld" Vorlage: 674/2012

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 14 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Graf beschrieb, dass die im II. Bauabschnitt verlegten Platten teilweise an den Ecken abgebrochen seien. Er habe die Schäden dokumentiert; die Unterlagen könne er der Verwaltung gerne zur Verfügung stellen. Er fragte nach, ob die Firma für die entstandenen Schäden noch haftbar gemacht werden könne.

I. Beigeordneter Hausmann erläuterte, dass die Firma noch in der Gewährleistungspflicht sei.

- b) Des Weiteren schilderte Stadtverordneter Graf, dass in vielen Außenorten Geilenkirchens nicht mehr regelmäßig Messen gehalten würden, so dass viele ältere Leute die Messe in St. Marien besuchen würden. Da die Anfahrt für ältere Personen häufiger beschwerlich sei, fragte er nach, ob es nicht möglich sei, den Marktplatz zum Parken während der Messen freizugeben.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass turnusgemäß Messen in verschiedenen Kirchen im Stadtgebiet stattfinden würden und jedem das Parkhaus hinter dem Rathaus zur Verfügung stehe. In Großstädten müssten Leute häufig noch

viel weitere Wege in Kauf nehmen, um an der Messe teilzunehmen, als hier in Geilenkirchen.

- c) Stadtverordneter Kravanja erkundigte sich, ob das Pflaster auf dem Marktplatz nicht wieder bogenförmig verlegt werden müsse. Er sei davon ausgegangen, dass das ursprüngliche Muster als Grundanforderung der Förderung wieder hergestellt werden müsse.

I. Beigeordneter Hausmann erläuterte, dass die erneute Verlegung von Natursteinpflaster Voraussetzung für die Förderung gewesen sei. Das Verlegungsmuster habe hier keinen Ausschlag gegeben, vielmehr hätte das ursprüngliche Konzept wie bspw. die Betonung der Zuwegung zu St. Marien eine Rolle gespielt.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass sich die Stadt zur Abklärung des Musters mit einem europaweit tätigen Experten abgestimmt habe. Er habe die diagonale Verlegung empfohlen.

- d) Stadtverordneter Sybertz fragte nach, wann das Wurmfenster nochmal gereinigt werde. Momentan sei der Anblick schändlich und beschämend.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die letzte Reinigung aufgrund einer Beschwerde nicht durchgeführt werden konnte. Offenbar werde befürchtet, dass durch die Reinigung Artenschutz gefährdet werde. Wie haltbar diese Befürchtung sei, werde derzeit überprüft. Die Stadt sei jedoch bestrebt, die Reinigung schnellstmöglich durchzuführen.

TOP 15 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um: 21:24

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Beckers-Offermanns